

Klaus Dieter Wolf

Ende oder Rückkehr der Geschichte?

Weltpolitik vor neuen Herausforderungen¹

Die Welt scheint aus den Fugen. Wohin man blickt, herrscht Unübersichtlichkeit. Angesichts einer ungewöhnlich erscheinenden Häufung von Unordnung, Konflikten und Krisen erweisen sich vermeintlich bewährte Erfolgsrezepte und Handlungsrepertoires als unbrauchbar, ohne dass es bereits neue gäbe, die man aus der Schublade ziehen könnte. Die verfügbaren zwischenstaatlichen Institutionen wurden bei ihrer Gründung nicht auf die neuen Herausforderungen zugeschnitten. Was wir beobachten, sind ereignisgetriebene, einfallsslose bis unheilvolle Akte von Symbolpolitik, die herkömmlichen, aber erwiesenermaßen untauglichen Rezepten folgen. Die Luftangriffe in Syrien und dem Irak oder das Sich-Verschanzen hinter Handels- und anderen Barrieren sind Zeichen von Ratlosigkeit und Überforderung, nicht von planvollem, weitsichtigem Handeln.

Treten wir einen Schritt zurück und fragen: Ist die Welt wirklich unübersichtlicher geworden oder sind bloß unsere Deutungsrahmen untauglich dafür, zu erkennen, was die Unordnung, der wir uns gegenübersehen, gleichwohl zusammenhält? Die weit verbreitete Wahrnehmung, dass der Fortbestand der politischen Errungenschaften der Moderne zur Disposition steht, ist natürlich nicht aus der Luft gegriffen. Zusammenbrechende staatliche und zwischenstaatliche Ordnungsstrukturen, die Häufung lokaler und regionaler Gewaltkonflikte, über 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht – dies alles und noch mehr deutet darauf hin, dass sich die Weltordnung in einem Umbruch befindet. Im globalen Süden beobachten wir im Gefolge des Arabischen Frühlings tief gespaltene Gesellschaften, in denen kein Konsens über ein gemeinsames Entwicklungsmodell besteht. Man mag von den – auch mit externem Zutun – zusammengebrochenen Diktaturen gehalten haben, was man will, und an der Brutalität des Assad-Regimes in Syrien gibt es nichts zu deuteln, aber der Zusammenbruch repressiver Staatlichkeit hat in vielen Ländern ein Machtvakuum geschaffen, das der gesellschaftlichen Militarisierung Tür und Tor geöffnet hat und dessen grenzüberschreitende Folgen außer Kontrolle geraten sind.

Gleichzeitig ist auf globaler Ebene weder eine einzelne Ordnungsmacht noch ein Kollektiv von Staaten zu erkennen, die eine koordinierte Weltordnungspolitik betreibt beziehungsweise das sich darauf verständigen könnte. Im Gegenteil zeigt gerade der in den Kernländern der bestehenden Weltordnung um sich greifende populistische, nationalkonservative Rechtsruck, dass Weltordnungsstrukturen

1 Dieser Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den der Verfasser zur Eröffnung der Senghaas Lectures anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des InIIS in Bremen am 10. Dezember 2015 gehalten hat.

nicht mehr nur von der Peripherie her unter Druck geraten, sondern zunehmend auch von Zerfallserscheinungen in ihrem Kern bedroht sind, wo globale und regionale Institutionen und die sie begründenden Wertvorstellungen eine tiefe Performanz- und Legitimitätskrise durchlaufen.

In Europa bröckelt der gesellschaftliche und zwischengesellschaftliche Zusammenhalt. Der Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) markiert dabei nur die Spitze eines Eisbergs der Entsolidarisierung. Mit der Wahl von Donald Trump zu ihrem neuen Präsidenten haben die USA, als alleinige Führungsmacht ohnehin überfordert oder gar nicht erst akzeptiert, nach dem Motto »Rette sich, wer kann!« den Rückzug aus der ordnungspolitischen Gesamtverantwortung angetreten. Mit dem Ziel der internen Stabilisierung kompensiert Putins Russland das Fehlen eines tragfähigen gesellschaftlichen Zukunftsmodells dadurch, dass es sein nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verloren gegangenes Terrain (im wahrsten Wortsinn) als Weltmacht zurückzugewinnen versucht. China nagt zwar an der amerikanischen Vorherrschaft, verhält sich aber zumeist als Trittbrettfahrer und hält sich als ordnungspolitischer Akteur noch weitgehend heraus, solange es nicht um Belange innerhalb der eigenen geopolitischen Interessensphäre geht, die dafür aber umso bestimmter vertreten werden. Die Vereinten Nationen führen ein Schattendasein. Und die EU? Sie versucht zu vermitteln, aber mit einem durch offenkundige Uneinigkeit verminderten Gewicht. Ansonsten diskutiert sie darüber, sich einzuzäunen.

Für viele, die die gegenwärtige weltpolitische Unübersichtlichkeit und den Mangel an Weltordnungspolitik beklagen, stellt dabei das Jahr 1989 mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und dem Scheitern des von ihm verkörperten gesellschaftlichen Ordnungsmodells des real existierenden Sozialismus eine entscheidende Zäsur dar. Dieser Zusammenbruch hat damals zu konträren Deutungen und Prognosen geführt. Für die sogenannten Realisten hat sich damit keineswegs das Wesen der politischen Welt verändert. Es bleibt weiterhin geprägt von dem Zustand der internationalen Anarchie und dem daraus resultierenden Sicherheitsdilemma. Weil es jenseits des Staates keinen Leviathan gibt, ist Sicherheit letztlich nur auf dem Wege der Selbsthilfe zu haben, auch wenn die individuellen oder kollektiven Selbsthilfemaßnahmen ihrerseits als zusätzliche Bedrohungen wahrgenommen werden und sich so gegenseitig hochschaukeln. Unter diesen immer gleichen Vorzeichen wechseln Bedrohungslagen lediglich einander ab und müssen machtpolitisch immer wieder neu austariert werden. In den Beziehungen zwischen den Staaten erfolgt aus diesem Blickwinkel seit 1989 die Rückkehr zu einer – gegenüber der einfachen und übersichtlichen bipolaren Ost-West-Konstellation – nun sehr viel unübersichtlicheren und unberechenbareren multipolaren Machtkonfrontation. Verschärfend kommt hinzu, dass sich dies unter den krisenhaften Bedingungen eines hegemonialen Übergangs vollzieht. Auf die weltanschauliche Konfliktdimension ausgeweitet, wird auch die relativ überschaubare ideologische Komponente des alten Systemkonflikts »Sozialismus versus Kapitalismus« durch einen neuen Gegensatz ersetzt. Dieser ist am einprägsamsten von Samuel Huntington als »Kampf der Kulturen« auf den Begriff gebracht worden, der Kriege zwischen unterschiedlichen überzeitlichen Kulturkreisen vorausgesagt hat, in deren Verlauf sich ein neues welt-

weites Machtgleichgewicht herausbilden wird.² Es bleibt also beim ewig Gleichen, dem bedrohlichen Kampf um Vorherrschaft, aber mit sich verändernden Bruchlinien.

Aus der Sicht der sogenannten Idealisten stellte sich die Zukunft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ganz anders dar. Am deutlichsten kam das in Francis Fukuyamas Rede vom »Ende der Geschichte« zum Ausdruck, einer Vorstellung, nach der mit dem Verschwinden des letzten gesellschaftlichen Gegenentwurfs der Vollendung der Geschichte in Form der globalen Verbreitung westlich-liberal-demokratischer Werte und Ordnungsvorstellungen auf der Grundlage von repräsentativer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft nichts mehr im Wege steht.³ Der Rest ist Governance: die gemeinsame Lösung von Problemen – Klimaschutz, Welternährung, Gesundheit.

Die Entwicklung nach 1989 scheint uns bei aller Unübersichtlichkeit und Komplexität einen eindeutigen Sieger in diesem Deutungs- und Prognosewettbewerb anzubieten. Sie dementiert diejenigen, die das Ende des Kalten Krieges als den Anfang vom »Ende der Geschichte« betrachtet haben. Und was ist die gegenwärtige Auseinandersetzung mit radikal-islamischen Terrormilizen und Terroristennetzen anderes als Ausdruck eines »Kampfs der Kulturen«? Hatte der vielgescholtene Huntington also doch Recht? Oder verbirgt sich hinter dem vermeintlichen »Kampf der Kulturen« eine ganz andere, gerade von Dieter Senghaas immer wieder in den Fokus gerückte Dynamik, deren Motor eine nach wie vor ungelöste, durch die Austauschstrukturen des Weltmarkts und durch innerstaatliche Herrschaftsverhältnisse stetig reproduzierte Entwicklungsproblematik darstellt?

Was beschreibt die Dynamik und die gegenwärtigen Bruchlinien der Weltpolitik also in ihrem Kern? In diagnostischer Absicht möchte ich zunächst mir wesentlich erscheinende Transformationsprozesse und Krisenerscheinungen sowohl innerhalb der Staatenwelt als auch im transnationalen Raum identifizieren und einordnen. Danach will ich mir unterschiedliche Deutungsangebote zu deren Erschließung vornehmen. Meine Argumentation wird darauf hinauslaufen, dass es die Gerechtigkeitsproblematik ist, von der sich diejenigen Leitkategorien ableiten lassen, die ich für am besten geeignet halte, den gegenwärtigen krisenhaften Weltzustand im Rahmen eines zusammenhängenden Deutungsangebots zu verstehen. Teilhabe (an der Verteilung von Ressourcen), Teilnahme (an politischen Entscheidungsprozessen) und Anerkennung (als Träger von legitimen Ansprüchen) – diese drei von Nancy Fraser⁴ unterschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit geben uns nicht nur geeignete Leitkategorien für ein besseres Verständnis an die Hand. Sie sind darüber hinaus auch für die Praxis tauglich, weil sie mit Inklusion und Exklusion, also mit Einbindung und Ausgrenzung, auch ein ganz zentrales Unterscheidungskriterium für Handlungsoptionen anbieten. Enden will ich mit einer selbstkritischen Reflexion über die Grenzen und Gefahren wissenschaftsbasierter Zeitdiagnosen.

2 Huntington 2002.

3 Fukuyama 1992.

4 Fraser 2005.

1. Diagnose: die Welt »aus den Fugen«?

Ist die Welt aus den Fugen? Diesen Eindruck kann man umso eher gewinnen, je mehr man vom Staat und der Staatenwelt her denkt, sich also darauf verlassen möchte, dass gesellschaftliche Ordnungstiftung und Daseinsfürsorge durch einen funktionierenden Staat nach innen erfolgt und es in der grenzüberschreitenden Politik um die Ordnung der Beziehungen der Staaten untereinander geht. Dieses staatenweltliche Bild ist aber nicht erst seit heute unterkomplex.

Längst haben sich auch die Akteure der Wirtschafts- und der Gesellschaftswelt organisiert, verfügen zum Teil über quasi-staatliche Formen der kollektiven Selbststeuerung und nehmen quasi-staatliche Funktionen wahr. Das gilt im Übrigen auch für die in Ernst-Otto Czempiels Trias von Staatenwelt, Gesellschaftswelt und Wirtschaftswelt⁵ noch nicht ausgewiesene vierte Teilwelt: die »Unterwelt« der organisierten Kriminalität und der nichtstaatlichen Gewaltakteure. Sie gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil sie die Grundpfeiler der Staatenwelt unterminiert, indem sie das staatliche Gewaltmonopol herausfordert, und weil sie auch die Wirtschaftswelt und die Gesellschaftswelt immer mehr penetriert. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen diesen Teilwelten haben politische Ordnungsaufgaben deutlich komplexer gemacht, weil es zunehmend auch darum geht, das Verhalten und das Miteinander der unterschiedlichen Akteure, die diese Teilwelten bevölkern, in möglichst gewaltarme und gemeinwohlorientierte Bahnen zu lenken, was ohne deren Mittun immer häufiger unmöglich ist.

Die Hauptverantwortung für die Wahrnehmung der weltpolitischen Ordnungsaufgaben liegt gleichwohl nach wie vor bei der Staatenwelt. In welchem Zustand befindet sie sich? Ist sie dafür gewappnet? Ich möchte drei Phänomene näher betrachten, die zeigen sollen, dass sich die Staatenwelt selbst in einem Zustand von Unordnung befindet: die Krise der globalen Ordnungspolitik, die Krise des friedenspolitischen Projekts Europa und die Krise des Staates selbst.

1.1 Krise globaler Ordnungspolitik

Die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts innerhalb der Staatenwelt zu beobachtenden Strukturveränderungen werden gern als der Wandel von einer bipolaren zu einer multipolaren machtpolitischen Konfiguration beschrieben. Bei einem genaueren Blick auf die Staatengruppen, die wir heute unterscheiden können, und auch darauf, wie sie sich aufeinander beziehen, halte ich eine andere Beschreibung für hilfreicher.

Da sind zunächst einmal die etablierten Staaten, auf die die normativen Grundlagen der bestehenden Weltordnung im Wesentlichen zurückgehen. Früher hat man diese Staatengruppierung auch gern als die Triade bezeichnet – USA, EU und Japan. Ich halte diese Etikettierung allerdings für immer weniger instruktiv angesichts der sehr unterschiedlich ausgeprägten ordnungspolitischen Gestaltungsansprüche und der auseinanderdriftenden Gestaltungsziele der USA, der EU und Japans. Herausgefordert wird dieses Gravitationszentrum durch die sogenannten aufstrebenden

⁵ Czempiel 1991.

Mächte, deren Zusammenfassung als BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) allerdings mindestens so viele Unterschiede verwischt wie sie auf Gemeinsamkeiten verweist. So klaffen die Demokratievorstellungen und ordnungspolitischen Ziele dieser Herausforderer weit auseinander. Blickt man darüber hinaus, so kann von so etwas wie »der« Dritten Welt weniger die Rede sein denn je: Im globalen Süden finden wir Staaten, die sich an diesem Gravitationszentrum orientieren (das sind die meisten), solche, die zumindest vorgeben, das nicht zu tun (diese werden dann wie etwa der Iran gern zu Schurkenstaaten erklärt), und es gibt Länder, vor allem in Afrika, die durch den Zerfall staatlicher Ordnungsmacht gekennzeichnet sind und in denen heftig darum gerungen wird, in welchem Verhältnis sie künftig zu dem westlich-liberal-demokratischen Zentrum und den darin verkörperten Ordnungsvorstellungen stehen sollen.

Diese Konstellation innerhalb der Staatenwelt ist im Fluss. Sie wird von einer Verschiebung des Gravitationszentrums vom europäisch-atlantischen auf den asiatischen Raum überlagert. Diese hegemoniale Übergangsphase scheint nicht ohne Auswirkungen sowohl auf den inneren Zustand als auch auf das Außenverhalten des Zentrums zu bleiben. Nach außen haben vor allem die USA und Westeuropa ihren angefochtenen Status als führende globale Ordnungsmächte immer wieder durch das Schaffen von Fakten verteidigt, etwa in Gestalt der umstrittenen und von den USA mit dem Amtsantritt der Trump-Administration wieder beiseitegelegten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Deren strategisches Ziel bestand nicht zuletzt darin, einen globalen Wirkungsradius zu entfalten und die Ordnungsvorstellungen Dritter gezielt von der Standardsetzung auszu-schließen. Dabei wird gerade von China, ungeachtet seiner jüngsten Bestrebungen, sich anstelle der USA als Vorreiter einer liberalen Globalisierung in Szene zu setzen, sehr deutlich signalisiert, dass man das liberale Ordnungsmodell von westlicher Demokratie und Marktwirtschaft nicht anzunehmen gedenkt. Auch ist noch immer wenig Bereitschaft zu erkennen, globale Verantwortung zu übernehmen. Von China ist zwar keine grundsätzliche Infragestellung des internationalen Rechts als Ordnungsinstrument zu erwarten, wohl aber ein hartes Ringen darum, wer es setzt. Insoweit zeugen Vorstöße wie die TTIP von keinem sonderlichen Weitblick. Die Vorstellung, ein Handels- und Investitionsregime für das 21. Jahrhundert ohne China zu entwickeln, wird sich als Illusion erweisen.

Ohnehin mutet die Auseinandersetzung über TTIP inzwischen fast schon nostalgisch an, hat es doch durchaus noch der Beschreibung der »Ersten Welt« als einem kollektiven weltordnungspolitischen und weltwirtschaftlichen Gravitationszentrum entsprochen, dessen Mitglieder immerhin die gemeinsame Vision einer liberalen Welthandelsordnung teilten. Dieses Gravitationszentrum droht jedoch in seinem Kern brüchig zu werden. Die Vorboten zeigen sich als aufkeimende Re-Nationalisierungs- und Entsolidarisierungstendenzen, in Großbritannien mit dem Austritt aus der EU und in den USA mit der Wahl von Donald Trump gerade in solchen Ländern, die bisher zu den tragenden Säulen der Institutionen der Moderne gezählt haben und die nun in eine besorgniserregende nationalkonservative »Rette sich, wer kann!«-Haltung zu verfallen scheinen.

1.2 *Krise des Projekts Europa*

Der Austritt der Briten aus der Europäischen Union verweist auf ein weiteres Problem im Gravitationszentrum der Staatenwelt: den Niedergang des »Projekts Europa« als Musterbeispiel für ein gelungenes friedens- und wohlfahrtspolitisches Ordnungsprojekt westlich-liberaler Prägung. Die Krise des europäischen Projekts manifestiert sich zum einen in der zunehmenden Infragestellung seiner Idee der wirtschaftlichen »Liberalisierung« durch wachsende Teile der Gesellschaften in den Mitgliedstaaten, die sich als von den Erträgen dieser Liberalisierung Ausgeschlossene wahrnehmen, zum anderen in einer schon bestehenden, aber dadurch zusätzlich befeuerten Legitimitätskrise seiner politischen Institutionen und schließlich in der Re-Nationalisierung und Geo-Politisierung des Denkens der Regierungen in einer wachsenden Zahl von Mitgliedstaaten.

Auf der wirtschaftlichen Dimension erleben wir eine Krise der Freihandelsidee: Sie hat ihre Anziehungskraft für die Bevölkerungen gerade in denjenigen Mitgliedstaaten verloren, die sie als Peripherisierung erleben und die ihr die Schuld dafür ankreiden, dass eine ganze Generation von arbeitslosen jungen Menschen ohne Chance auf Teilhabe am Wohlstand das Vertrauen verliert und sich abkehrt. Sie nehmen die EU als ein Europa der Banken und der Wirtschaft wahr und können sich darin sogar bestätigt finden, wenn etwa der Repräsentant eines Geschäftsmodells zum Kommissionspräsidenten gewählt wird, das in der staatlich organisierten Beihilfe zur Steuerhinterziehung besteht, oder wenn nationale Gesetze auf ihre TTIP-Vereinbarkeit geprüft werden sollen und der Schutz von Investoren vor allem anderen zu stehen scheint. Die Gretchenfragen werden lauten: Welchen Freihandel wollen wir, den des angelsächsischen Raubtierkapitalismus oder einen sozialen Kapitalismus rheinischer Prägung? Welchen Binnenmarkt wollen wir, einen freien oder einen sozialen? Welches Europa wollen wir, eines, das die regulative Autonomie der Mitgliedstaaten aufhebt, oder eines, das sie bewahrt beziehungsweise wiederherstellt?

Gerade an der Projektionsfläche TTIP zeigt sich aber, zweitens, dass die Krise des europäischen Projekts auch eine demokratiepolitische Dimension hat – im Übrigen seit vielen Jahren und nicht zufällig ein Dauerthema in der EU-Forschung: das Demokratiedefizit des europäischen Regierens. Die Krise der europäischen politischen Institutionen macht sich an dem Mangel an Transparenz und Teilnahmemöglichkeiten europäischer Politik fest. In die TTIP-Verhandlungen war nur ein exklusiver Teil von Interessenten von Anfang an eingebunden, etwa Wirtschaftsverbände oder Großunternehmen. Erst zum Schluss – und unter absurden Einschränkungen – erhielten auch Bundestagsabgeordnete Zugang zu Verhandlungsdokumenten. Geheimnistuerei schürt Misstrauen: Ist die Vereinheitlichung von Regeln etwa ein Hebel, um niedrigere Sozial- und Umweltstandards durchzusetzen? Werden demokratische Errungenschaften preisgegeben? Kommt es zu einer Schwächung der Handlungsspielräume der nationalen Parlamente und damit der Volkssouveränität?

Was hat es, drittens, mit der behaupteten Re-Nationalisierung und Geo-Politisierung des Denkens der politischen Eliten in Europa auf sich? Hier lautet meine These,

dass die normative Strahlkraft des europäischen Integrationsmodells in dem Maß verblasst ist, wie sich ein schleichender Identitätswandel vollzogen hat. Zug um Zug hat die Gründungsidee eines normativen Europas als Friedens-, Wohlfahrts- und Wertegemeinschaft einem realpolitischen, interessengeleiteten Europaverständnis Platz gemacht nach der Maxime: »Möglichst viel Nutzen zu möglichst geringen Kosten«. Das Lippenbekenntnis zur Wertegemeinschaft ist zur Eintrittskarte auf die Wohlstandsinsel verkommen.

Die verschiedenen Erweiterungsrunden waren immer auch Neuerfindungen der EU und haben Schritt für Schritt neue Logiken ins Spiel gebracht. Die ursprüngliche Logik war die eines nach wie vor einzigartigen Friedensprojekts: Frieden durch Demokratie und wirtschaftliche Verflechtung unter Gleichen zum gegenseitigen Nutzen, um die Kosten für das Wiederaufleben von gewaltsamen Konflikten für alle Beteiligten zu erhöhen. Die europäische Friedenszone sollte durch Vertiefung der Integration zur politischen Union gefestigt werden. Die Logik der Süderweiterungen um Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986) war bereits eine primär demokratisierungspolitische. Ebenso wie bei den späteren Osterweiterungen wurde dabei gegen die wirtschaftliche Prämisse der Grundformel des Erfolgsmodells verstoßen: Integration bei vergleichbarer Wettbewerbsfähigkeit.

Bei den Osterweiterungen in den Jahren 2004, 2007 und 2013 kam außerdem eine offen raumpolitische Integrationslogik hinzu. Der Wirtschaftsraum Europa sollte durch Ausweitung noch wettbewerbsfähiger gemacht werden gegenüber der nordamerikanischen und asiatischen Konkurrenz. Von außen wurde dies durchaus nachvollziehbar als geostrategische Expansion wahrgenommen und leistete dem Wiederaufleben eines Denkens in Kategorien des Ost-West-Konflikts Vorschub. Denn damit erfolgte mindestens im Ergebnis zugleich auch eine Eindämmung des russischen Einflussbereichs, durch die die EU in den Augen einiger zu einer Art Wirtschafts-NATO geworden ist. Unter dem Druck der Flüchtlingsproblematik scheint es heute nach unten offenbar keine Grenzen mehr für innovative Integrationslogiken zu geben: Demnächst scheint als Beitrittsgrund schon der erhoffte Beitrag zur Sicherung der Außengrenzen der EU auszureichen, wie der Streit um den Beitritt der Türkei zeigt.

Eine als ökonomisch motiviert ausgegebene Expansionspolitik muss zwangsläufig auf Misstrauen stoßen, wenn sie von einer degradierenden Rhetorik begleitet wird wie im Fall der Degradierung Russlands zur »Regionalmacht«. Damit ist der dort aus innenpolitischen Gründen ohnehin verstärkten Neigung zur Rückkehr zu Verhaltensmustern, die an überwunden geglaubte Konfrontationslinien erinnern, nur noch eine zusätzliche externe Legitimität verschafft worden. Ein Wiederaufleben des Ost-West-Konflikts und damit eine Rückkehr der Geschichte in diesem Sinne deuten sich darin gleichwohl nicht an. Auch wenn von Russland in der Ukraine-Krise fraglos geopolitische Ziele verfolgt werden, scheint mir dabei das Sicherheitsdilemma nicht die primär zugrundeliegende Dynamik zu sein. Vor allem scheint es dabei um eine Externalisierung der Krise des russischen politischen und sozio-ökonomischen Modells zu gehen, die hier auf ein traditionelles Rezept zur internen Stabilisierung zurückgreift: die Konstruktion von Feindbildern mit dankbarer

Unterstützung durch die Osterweiterungen von EU und NATO, die sich trefflich als »realistisches« geopolitisches Strategieverhalten anprangern lassen.

1.3 *Die Krise des Staates*

Meinen Blick auf krisenhafte Entwicklungen, die sich im Bereich der Staatenwelt vollziehen, will ich mit der Krise des Staates selbst abschließen. Sie wird in der Politikwissenschaft an den Begriffen »Staatlichkeit im Wandel« (in Fällen mehr oder weniger erfolgreicher Krisenbewältigung) und »Staatsverfall« (in Fällen des Scheiterns) festgemacht. Die Bedeutung des Wandels von Staatlichkeit für die neue Unordnung und Unübersichtlichkeit drückt sich etwa darin aus, dass Staaten intern und im globalen Rahmen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf Akteure aus dem nichtstaatlichen Bereich zurückgreifen müssen. Daraus resultiert eine Art »patchwork governance« sich ergänzender, überlappender, aber auch miteinander konkurrierender (zwischen)staatlicher und nichtstaatlicher Regulierungssysteme, deren Zusammenspiel im Raum jenseits des Staates jedoch kaum konstitutionalisiert ist.

Noch wichtiger erscheint mir allerdings das Scheitern von Staatlichkeit als ein noch deutlich größere Unordnung und Unübersichtlichkeit verursachendes Phänomen. Wenn die staatliche Ordnung als eine Grundvoraussetzung dafür gelten soll, gesellschaftlichen Frieden zu stiften und verbindliche gemeinwohlorientierte Regeln zu setzen und durchzusetzen, dann haben wir es bei dem Versagen vieler Staatsapparate, genau diese Leistungen zu erbringen, mit einem grundlegenden Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu tun.

Staatsverfall zeigt sich am deutlichsten in dem Verlust der Fähigkeit, effektive territoriale Hoheitsgewalt auszuüben. Der Staat bricht als Garant der politischen Ordnung einer Gesellschaft weg, damit aber zugleich auch als Grundpfeiler der auf funktionierende Staaten angewiesenen westfälischen internationalen Ordnung, insbesondere als Vollstrecker eines internationalen Rechts, das Regierungen nur dann in die Pflicht nehmen kann, wenn sie ihrerseits nach innen verpflichtungs- und handlungsfähig sind. Zu den Beschleunigern des Staatsverfalls gehören – ironischerweise – ausgerechnet die von der Überzeugung eines vermeintlich bevorstehenden »Endes der Geschichte« getragenen und vielleicht auch deshalb nicht zu Ende gedachten externen Demokratisierungsbestrebungen. Mit deren Unterstützung wurden zahlreiche autokratische Herrschaftssysteme gestürzt. Statt des Aufbaus stabiler staatlicher Herrschaft auf dem Fundament westlich-liberal-demokratischer Normen wurden damit zuvor unterdrückte gesellschaftliche Bruchlinien überhaupt erst freigelegt, die die Erwartung einer flächendeckenden Normübernahmebereitschaft gründlich dementierten. In dem entstandenen Machtvakuum konnten sich bekanntlich dann auch solche Akteure organisieren, die gerade von der fundamentalen Anfechtung der westlichen Ordnungsvorstellungen angetrieben werden.

2. Der transnationale Raum

Damit verlassen wir aber bereits den Raum der Staatenwelt und bewegen uns auf die Herausforderungen im transnationalen Raum zu, genauer: auf Verschiebungen

zwischen der Staatenwelt und der nichtstaatlichen Welt. Mit der Ausweitung des Blickfelds auf diesen transnationalen Raum wächst die Unübersichtlichkeit der grenzüberschreitenden Beziehungen noch einmal exponentiell. Der transnationale Raum ist Problemzone und mögliche Problemlöserzone zugleich.

Was sind die krisenhaften Entwicklungen in diesem Raum? Nichtstaatliche Akteure entziehen sich staatlicher Kontrolle, nutzen Freiräume, die das Staatsversagen bietet, oder sie streben gezielt die Unterminierung des staatlichen Herrschafts- und Steuerungsanspruchs an. Die Herstellbarkeit von Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt ist damit endgültig der zwischenstaatlichen Sphäre entwachsen. Nichtstaatliche Gewaltakteure breiten sich in dem Vakuum aus, das Staatsverfall eröffnet und die weltordnungspolitische Übergangsphase zugelassen hat. Die Grenzen zwischen der Zivilgesellschaft und den nichtstaatlichen Gewaltakteuren werden fließend. Damit ist auch das Ende des romantisierenden Blicks auf die Zivilgesellschaft als »bessere Hälfte der Weltgesellschaft« markiert. Die Phase der Unschuldsvermutung ist vorüber, ebenso die Euphorie über das »global village« – eine Metapher, mit der spätestens seit den Pariser Anschlägen vom November 2015 untrennbar die Assoziation verknüpft ist, dass jeder Konflikt in einem Teil der Welt potenziell einen gewaltsamen Austrag in jedem anderen Teil der Welt finden kann. Auch die neuen Medien bekommen etwas zutiefst Ambivalentes als Kommunikationsräume der hellen wie der dunklen Seite der Zivilgesellschaft, der Gesellschaftswelt wie der Unterwelt, als soziale und als asoziale Medien.

3. Deutungsangebote

In allen bisher betrachteten Räumen haben sich krisenhafte, das heißt den Fortbestand eines bestimmten Referenzsystems betreffende Transformationsprozesse identifizieren lassen. Wem geben sie Recht? Gibt es so etwas wie eine »Grammatik« oder Tiefenstruktur all dieser krisenhaften Erscheinungen?

Das Sicherheitsdilemma scheint mir zwar noch immer das Verhalten der politischen Führungen vor allem in solchen regionalen Kontexten als vorherrschendes Deutungsmuster zu strukturieren, die ein geringes Niveau institutioneller Absicherung von Verhaltenserwartungen aufweisen, etwa im chinesisch-japanisch-koreanischen Raum. Für die Staatenwelt als Ganze – also als Leitlinie des weltordnungspolitischen Handelns – scheint es mir nicht (mehr) zentral. Daran ändert auch die Ukraine-Krise nichts, die ein primär innengeleitetes Ereignis darstellt. Anders verhält es sich mit der Entwicklungsproblematik. Insgesamt scheinen mir Unordnung und Unübersichtlichkeit vor allem auf nach wie vor ungelöste Herausforderungen zurückzugehen, und die Flüchtlingsproblematik ist ein besonders dramatisches Beispiel dafür, die ihre Dynamik aus der globalen Ungleichverteilung von Lebenschancen erhalten. In dieser Hinsicht sind wir allerdings mit einer Rückkehr der Geschichte konfrontiert, mit dem »Rückstoß aus einem Universum, das wir selbst geschaffen haben«, wie es eine kluge Kommentatorin formuliert hat,⁶ mit der Dis-

6 Diese Formulierung stammt von Christa Müller; Müller 2015.

krepanz zwischen dem Versprechen der Moderne, nämlich Freiheit im Wohlstand, und dem subjektiven Empfinden der von seiner Einlösung Ausgeschlossenen. Die Geschichte holt uns wieder ein, weckt uns auf aus dem Missverständnis der Euphorie des unipolaren Moments, der uns am Ende des Kalten Krieges auch an ein Ende der Geschichte glauben lassen hat. Es wäre zu schön gewesen, wenn die Welt sich wirklich so bequem vereinfacht hätte.

Die Prognose vom Ende der Geschichte war aber nicht nur voreilig, sondern auch verhängnisvoll. In machtpolitischer Hinsicht hat das Gefühl des »Sieges« des westlichen Zivilisationsmodells zu überheblichem und unklugem Verhalten verleitet, vor allem zur Verweigerung von Respekt und Anerkennung. Im Ost-West-Verhältnis wurde aus der Schwäche des unterlegenen Systems geopolitisches Kapital geschlagen. Die gewählten politischen Handlungsoptionen hatten ausschließenden statt integrierenden Charakter. Die Folge heute: Manche reden schon wieder von einer Rückkehr zum Kalten Krieg. In ideologischer Hinsicht wurde im blinden Vertrauen auf die eigene Geschichtsdeutung mit zum Teil missionarischem Eifer externe Demokratisierungspolitik betrieben. Anzeichen von Widerstand und Anfechtung wurden übersehen oder als traditionalistisch und gestrig nicht anerkannt. Bestehende Unterdrückungssysteme wurden in einer Reihe von Ländern beseitigt, ohne eine Vorstellung jenseits von »paste and copy« zu haben, wie neue, sich selbst tragende politische Ordnungen aussehen könnten.

Die neuere Debatte zur Normdiffusion reflektiert genau diesen Irrtum. Sie stellt das Phänomen der Normanfechtung in den Mittelpunkt. Das heißt: Von einer garantierten Überzeugungskraft westlicher normativer Ordnungsvorstellungen wird nicht mehr ausgegangen. Vielmehr werden Ungleichzeitigkeiten anerkannt, etwa die von Säkularisierung und Re-Sakralisierung. Dabei kann auch der Meinungsfreiheit keine A-priori-Höherwertigkeit zugesprochen werden als dem ebenfalls normativ begründeten Anspruch auf den Schutz von Religionen vor Diffamierung. So schwer das fallen mag: Statt auf die globale Durchsetzung der Errungenschaften der (westlichen) Moderne hinzuwirken, geht es unter heutigen Bedingungen vielmehr darum, die wechselseitige Toleranz unterschiedlicher Wahrheitsansprüche zu erhöhen. Normverbreitungsprozesse sind, das wissen wir heute, komplexe interaktive Vorgänge, bei denen eine Übersetzung in die jeweiligen kulturell-gesellschaftlichen Kontexte stattfinden muss, in deren Verlauf sich Normen auch verändern können. Ihre Bestreitung oder Zurückweisung muss kein Zeichen von Scheitern sein. Die Geschichte geht weiter.

Hatte Huntington somit doch Recht? Sicher dementiert das Aufkommen des militanten Islamismus die naive Vorstellung, dass es zum liberalen Ordnungsmodell von westlicher Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus weder ideologisch noch politisch eine ernsthafte Alternative geben würde. Aber Huntington hat trotzdem nicht Recht behalten. Statt eines »Kampfes der Kulturen« fällt uns gegenwärtig ein nie wirklich ernst genommener globaler Großkonflikt wieder auf die Füße: eben die Ungleichverteilung von Lebenschancen – zwischen und innerhalb von Gesellschaften. Die international agierenden terroristischen Netzwerke betreiben nur vordergründig einen bewaffneten Kampf im Namen eines Gottes. Allah dient vor allem der Mobilisierung. Eigentlich geht es um

eine postkoloniale Abrechnung mit der globalen Ausbreitung des Westens, mit dessen Statthaltern und Kollaborateuren, um ein Gegenprojekt gegen den Zugriff des Westens auf die Ressourcen der Welt. Vor allem junge Menschen werden davon angezogen; nicht deshalb, weil sie von religiösem Fanatismus getrieben sind, sondern, wie es Dieter Senghaas treffend formuliert hat, aufgrund von »langen Erfahrungen krasser sozialer und ökonomischer Diskriminierung«⁷ und weil ihnen erfolgreich suggeriert werden kann, dass blockierte Lebenschancen ihr kollektives Schicksal als ethnische oder religiöse Gruppe sind. So erst kommt es zur »Kulturalisierung der Politik« beziehungsweise zur »Politisierung der kulturellen Differenz«. Wenn »die Verwirklichung naheliegender ökonomischer und sozialer Ziele verwehrt bleibt, [verwandeln sich] Verteilungs- und Teilhabekonflikte [...] in Identitätskonflikte mit einer solche Konflikte kennzeichnenden Eigendynamik«.⁸ Die kühlen Strategen des sogenannten Islamischen Staates (IS) gewinnen ihre Gefolgschaft, indem sie religiöse Zugehörigkeit als Instrument für die Konstruktion einer Wir-Identität und für deren Abgrenzung gegenüber »Anderen« anbieten und politisch ausnutzen. Die Diskrepanz zwischen dem Wohlstandsversprechen und der Realität der Ausgeschlossenen bereitet den Nährboden für diese Gefolgschaft.

Bereits das staatliche Vakuum, in dem sich der IS breit machen konnte, ist das Ergebnis eines Zerwürfnisses nicht zwischen Kulturräumen, sondern innerhalb eines Kulturraums. Es hat seine Ursache in tiefgreifenden, ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konflikten, die innerhalb von Gesellschaften verlaufen und die von autokratischen Regimen über viele Jahre zur Herrschaftssicherung benutzt wurden, die mit deren Zusammenbruch aber außer Kontrolle geraten sind.

Der französische Politik- und Islamwissenschaftler Olivier Roy⁹ widerspricht ebenfalls der Deutung von Phänomenen wie dem IS als Ausdruck eines »Kampfes der Kulturen«. Er sieht darin vielmehr eine Verschmelzung zweier eigentlich getrennter Phänomene: des globalen Dschihadismus (als einer kulturellen Randerscheinung) mit einer radikalisierten Jugend. Nicht der IS habe die Radikalisierung der Generation der unter 35-Jährigen hervorgebracht, sondern sie (wie vorher Al Kaida) lediglich angezogen, um sie zu instrumentalisieren. Radikalisiert war sie bereits. Deshalb handele es sich auch nicht um einen Aufstand der Muslime, sondern um die Frustration von heimatlosen Verlierern, um die Revolte einer an den Rand gedrängten Jugend. Auch der palästinensisch-israelische Psychologe Ahmad Mansour beschreibt die »Generation Allah«¹⁰ als eine, die sich ausgegrenzt fühlt, als nicht angekommen und ohne Orientierung in einer offenen Gesellschaft, die ihnen den sozialen Aufstieg verwehrt. In ihrer Unsicherheit suchen sie Halt, den ihnen die Gesellschaft, in der sie leben, nicht bietet.

Auf der Suche nach einer Lösungsperspektive geht es daher auch nicht zuvorderst darum, einen verstärkten Dialog der Religionen zu fordern. So nützlich Dialoge

7 Senghaas 2009, S. 142.

8 Senghaas 2012, S. 203.

9 In der *Frankfurter Rundschau* vom 21. November 2015.

10 Mansour 2015.

grundsätzlich sein mögen, ein solcher würde das Problem nicht lösen. Hier klopft die Geschichte bei uns als unerledigter globaler Herrschaftskonflikt an, als inner- und zwischengesellschaftliche Verweigerung von Anerkennungs-, Teilhabe- und Teilnahmeansprüchen. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie kann der dadurch verursachten Radikalisierung der Jugend entgegengewirkt werden? Sozialisation als Jahrhundertaufgabe. Rechtspopulistische Abschottung als Verweigerung von Verantwortung.

Gibt es also doch so etwas wie Ordnung in der Unordnung und Unübersichtlichkeit? So unterschiedlich die hier beschriebenen Krisenphänomene im Einzelnen sein mögen, wiederholt sich in ihnen doch immer ein ähnliches Muster: Es geht stets um die Problematik von realer oder so wahrgenommener Inklusion und Exklusion, um Konflikte, in denen in der Wahrnehmung der Betroffenen auf unterschiedlichen Dimensionen Ansprüche auf Gerechtigkeit verletzt werden. Diese Dimensionen umfassen die Teilhabe an der Verteilung von Ressourcen, die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und die Anerkennung als Träger von legitimen Vorstellungen, die ein Recht darauf haben, dass ihnen auf Augenhöhe begegnet wird. Die Betrachtung des transnationalen Raums hat mit der globalen Entwicklungsproblematik insbesondere die Verletzung von Ansprüchen auf sozio-ökonomische Teilhabe und materielle Wohlfahrt vor Augen geführt, bis hin zur Radikalisierung einer verlorenen Jugend, die ohne Chance auf sozialen Aufstieg ist. Innerhalb und zwischen den Staaten spielen in der gegenwärtigen Phase des hegemonialen Übergangs und im Kontext des Staatsverfalls darüber hinaus vor allem die Gerechtigkeitsdimensionen der Anerkennung (der eigenen normativen Ansprüche als berücksichtigungswert) und der Teilnahme (an politischen Entscheidungen zur Gestaltung politischer Ordnungen) eine zentrale Rolle.

4. Schlussfolgerungen

Ist also die Inklusion der Königsweg? Mit dem Gedanken der Inklusion verbindet sich ein bisher noch nicht ausdrücklich aufgerufener Strang der Forschung: »Global Governance«. Das Credo eines normativen Verständnisses von Global Governance besteht ja eben gerade in der Einbindung des gesamten Spektrums von Anspruchsberechtigten und in der Inpflichtnahme all der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure, die über problemlösungsrelevante Ressourcen verfügen. Dieses Credo stützt sich auf die an sich plausible Erwartung, dass Politik erstens an Folgebereitschaft gewinnt, wenn die Regelungsadressaten an der Regelsetzung mitwirken können, zweitens eine bessere Qualität erhält, weil mehr Sachverstand im Spiel ist, und drittens, soweit ihre Ergebnisse dem Gemeinwohl dienen, auch einen Zuwachs an Legitimität erfährt.

Die Frage der Inklusion lässt sich aber leider nicht pauschal mit »je mehr, desto besser« beantworten. Es geht auch nicht nur darum, jeweils am besten geeignete Formen der Inklusion zu finden. Es gibt Grenzen der Inklusion – Kapazitätsgrenzen, aber auch solche, die auf Voraussetzungen verweisen, unter denen ein Anspruch auf Inklusion besteht oder nicht. Alle Beteiligten müssen Inklusionsbereitschaft mit-

bringen – das heißt sie dürfen nicht aus der Selbstausgrenzung ihre Identität beziehen.

Was bedeutet das für den Umgang mit den beschriebenen Herausforderungen? Für die globale Ordnungspolitik ergibt sich die Maxime Einschluss statt Ausgrenzung der aufstrebenden Mächte, auch wenn dies anderen als den westlichen Ordnungsvorstellungen mehr Raum verschaffen wird. Hier scheint die Bedrohung durch den IS sogar etwas Positives zu bewirken. Sie zwingt Akteure mit sehr unterschiedlichen Interessen zur Partnerschaft. Sowohl das Atom-Abkommen mit dem Iran als auch die Internationale Syria-Konferenz in Wien spiegeln die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns unter Einschluss möglichst aller Beteiligten wider. Bei den Herausforderungen, die aus der globalen Ungleichverteilung von Lebenschancen hervorgegangen sind und die einen zunehmenden Druck auf die Außengrenzen der Wohlstandinseln ausüben, geht es ebenfalls um den Einschluss der Belange von bisher weitgehend sowohl von Teilhabe als auch von Teilnahme ausgeschlossenen Teilen der Weltbevölkerung. Absurderweise liegen in Gestalt der Millenniums-Entwicklungsziele und der 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten »Nachhaltigen Entwicklungsziele« bereits ziemlich umfangreiche Inklusionsprogramme vor, die es allerdings noch nicht vom Gipfelpathos auf die Agenda der Realpolitik geschafft haben.

Für die durch den Wandel von Staatlichkeit vor allem im transnationalen Raum hervorgerufene Unordnung und Unübersichtlichkeit (Stichwort »patchwork governance«) gibt es auch eine Inklusionsstrategie, nämlich die der konstitutionellen Einbettung der zunehmenden privaten Selbstregulierungstätigkeiten. Den Beiträgen nichtstaatlicher Akteure zu Global Governance sind Probleme wie Voluntarismus, Informalität oder Exklusivität inhärent. Ihre Selbststeuerung ist oft unvollkommen, der Hinweis auf den Weltfußballverband FIFA mag in diesem Zusammenhang genügen. Selbstregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft bleibt auf einen staatlichen oder zwischenstaatlichen Ordnungsrahmen angewiesen, der ihre Rückbindung an das Gemeinwohl sicherstellt.

Aber wie verhält es sich mit den Ansprüchen der nichtstaatlichen Gewaltakteure, die sich im Machtvakuum zerfallender Staatlichkeit ausbreiten konnten? Wie soll mit ihnen umgegangen werden? Einbindung oder gar eine Anerkennung von Ansprüchen auf die Ausübung von Hoheitsgewalt scheinen uns mit Blick auf Akteure wie den IS heute noch als ein besonders abwegiger Gedanke. Aber wie war das noch mit der PLO, wie halten wir es mit den Taliban? Gibt es eine Lösung ohne sie? Im Fall des IS hat ironischerweise gerade die Art der rhetorischen Auseinandersetzung eine Aufwertung des Terrorismus zur Folge. Wenn sich etwa Frankreich als »im Krieg« mit dem transnationalen Terrorismus definiert und nicht als im Kampf gegen Kriminelle, dann erfahren Terroristen genau die von ihnen gewünschte Anerkennung als Kriegsparteien auf gleicher Augenhöhe. Der Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren stellt also offenkundig eine besondere Herausforderung dar. Dabei verweigert sich der IS selbst und ganz grundsätzlich einer Einbindung in ein gemeinsames Koexistenzsystem. Inklusion bleibt hier gleichwohl eine sinnvolle Handlungsoption, wenn sie sich nicht auf den IS selbst richtet, sondern auf seine potenziellen Unterstützer, und dabei das Ziel verfolgt, diesen eine alternative Per-

spektive zu bieten, konkret etwa die Eröffnung politischer Teilnahme für die sunnitischen Bevölkerungen in Syrien und im Irak. Aber auch für die Inklusion nicht-staatlicher Gewaltakteure selbst kann es durchaus sinnvolle Formen geben, wie etwa die Initiative der NGO Geneva Call zeigt: Sie lädt Rebellengruppen unterhalb der Schwelle ihrer staatlichen Anerkennung mit einigem Erfolg dazu ein, freiwillige Selbstverpflichtungen zur Einhaltung fundamentaler Normen des humanitären Völkerrechts einzugehen.

Es ist vielleicht bezeichnend, wenn hier am Ende ausgerechnet auf eine zivilgesellschaftliche Initiative verwiesen wird. Denn die gegenwärtig auch und gerade in der westlichen Staatenwelt zu beobachtenden Reaktionen gehen in eine andere Richtung: Wir bestrafen Putin für die Annektierung der Krim mit dem Ausschluss aus der G 8. Wir bombardieren den IS. Wir errichten wahlweise Zäune oder Mauern um unsere Wohlstandsinseln, unter dem Applaus von aus Angst, ihrerseits zu Globalisierungsverlieren zu werden, in einen perspektivlosen Nationalismus abgedrifteten Teilen der Bevölkerung. Wenn die Grundanalyse nicht ganz falsch ist und es im Kern um Inklusion oder Exklusion beim Umgang mit Gerechtigkeitskonflikten geht, dann handelt es sich dabei um untaugliche beziehungsweise unzureichende Ansätze, weil sie an Ursachen im besten Fall nichts ändern, sondern allenfalls Symptome bekämpfen, und weil Ausgrenzung und Abschottung selbstschädigend sein werden. Es bleibt die Hoffnung, dass die Präsidentschaft Trumps und der Austritt Großbritanniens aus der EU nicht nur die traurigen Höhepunkte einer um sich greifenden Entsolidarisierung und Verantwortungsverweigerung sind, sondern auch Weckrufe.

Beginnen habe ich mit zwei konkurrierenden wissenschaftlichen Zeitdiagnosen, dem »Ende der Geschichte« und dem »Kampf der Kulturen«. Beide wollten Grundlinien für die Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts beschreiben. Die Aufmerksamkeit, die sie auf sich ziehen konnten, zeigt, dass der politische Betrieb, aber auch die Öffentlichkeit in Zeiten von Übergängen und Ungewissheiten außergewöhnlich empfänglich sind für möglichst einfache und einprägsame Deutungs- und Beratungsangebote. Für diese öffnet sich eine besondere Gelegenheit, die verantwortlich genutzt werden muss. Es bedarf also auch selbstkritischer Überlegungen zur Wirkmächtigkeit der Politikberatung angesichts ihrer eigenen Standortgebundenheit und der Kontingenz realweltlicher Entwicklungen.

Gerade die Diagnosen vom »Ende der Geschichte« und vom »Kampf der Kulturen« sollten uns zu denken geben. Beide haben politische Wahrnehmungsmuster und politisches Handeln enorm stark beeinflusst und sich als äußerst wirkmächtig gezeigt – unabhängig davon, wie wissenschaftlich fundiert sie tatsächlich sind, und auch davon, ob sie nun zutreffend diagnostiziert haben oder nicht. Die Vorstellung vom Ende der Geschichte hat Rechtfertigungen geliefert für politische Interventionen. Der Kampf der Kulturen bietet ein gleichermaßen attraktives, weil einfach verständliches Deutungsangebot, das alle Voraussetzungen für eine sich selbst erfüllende Prophezeiung aufweist. Diese und andere Deutungsangebote senden nicht nur aus und werden damit möglicherweise wirkmächtig, sondern sie nehmen auch auf. Sie sind ihrerseits geprägt durch Realitätserfahrungen, die auf kontingenten, weil von bestimmten, immer standortgebundenen Horizonten geprägten Wahrnehmungen

gen beruhen. Gerade wegen der Wirkmächtigkeit, die die Deutungsangebote einer praxisorientierten Wissenschaft entfalten können, sollte uns Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diese Kontingenz dazu bringen, nicht zu plakativ und großspurig aufzutreten, selbst wenn auch wir immer mehr auf einem Markt der Anbieter von Beratungswissen miteinander um Aufmerksamkeit konkurrieren müssen.

Literatur

- Czempiel, Ernst-Otto. 1991. *Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. München: C. H. Beck.
- Fraser, Nancy 2005: »Reframing justice in a globalizing world«, in *New Left Review* 36 (November/December), S. 69-88.
- Fukuyama, Francis 1992. *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München: Kindler.
- Huntington, Samuel P. 2002. *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München: Goldmann.
- Mansour, Ahmad 2015. *Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Müller, Christa 2015. »Die Quelle des Hasses. Die globale Ungleichheit schafft Gewalt und Terror«, in *Frankfurter Rundschau* vom 25. November 2015. www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/gastwirtschaft-die-quelle-des-hasses-a-411522 (Zugriff vom 10.03.2017).
- Senghaas, Dieter 2009. »Versinkt die Welt in Kulturkonflikten?«, in *Konzepte kultureller Differenz*, hrsg. v. Moosmüller, Alois, S. 139-148. Münster: Waxmann.
- Senghaas, Dieter 2012. *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt. Hat Frieden eine Zukunft?* Berlin: Suhrkamp.

Zusammenfassung: Angesichts einer ungewöhnlich erscheinenden Häufung von Konflikten und Krisen in der Welt erweisen sich vermeintlich bewährte Erfolgsrezepte und Handlungsrepertoires als unbrauchbar. Der gerade in den Kernländern der bestehenden Weltordnung um sich greifende nationalkonservative Rechtsruck zeigt, dass Weltordnungsstrukturen nicht mehr nur von ihrer Peripherie her unter Druck geraten sind, sondern zunehmend auch von Zerfallserscheinungen in ihrem Kern bedroht sind. In dem Beitrag wird gefragt, ob es die Weltpolitik selbst ist, die unübersichtlicher geworden ist, oder ob untaugliche Deutungsrahmen uns lediglich daran hindern, eine gemeinsame Tiefenstruktur der unterschiedlichen krisenhaften Erscheinungen zu erkennen. Transformationsprozesse und Krisen innerhalb der Staatenwelt und im transnationalen Raum werden identifiziert und eingeordnet. Dabei wird argumentiert, dass sich von der Ungleichverteilung von Lebenschancen zwischen und innerhalb von Gesellschaften Leitkategorien ableiten lassen, die den krisenhaften Weltzustand im Rahmen eines zusammenhängenden Deutungsangebots verständlich machen können. Die Gerechtigkeitsproblematik bietet mit ihren zentralen Dimensionen der Teilhabe an der Verteilung von Ressourcen, der Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und der Anerkennung als Träger von legitimen Ansprüchen zugleich ein zentrales Unterscheidungskriterium für Handlungsoptionen an, nämlich Einbindung und Ausgrenzung.

Stichworte: Krise globaler Ordnungspolitik, Krise des Staates, Krise Europas, globale und gesellschaftliche Gerechtigkeit, Ende der Geschichte, Kampf der Kulturen

End or return of history? New challenges for world politics

Summary: A seemingly unusual proliferation of conflicts and crises in the world renders supposedly proven policy recipes and repertoires of political action unusable. The political swing to conservative nationalism which is spreading particularly among states in the center of the present world order shows that structures of world order are contested not only from the periphery but increasingly threatened also from the very core. The article examines whether it is world politics itself that has become more complex and confusing or whether our reliance on unsuitable interpretative frameworks hinders us from discovering a possible common basis of the different crisis phenomena. The author maps and classifies transformation processes and crises among states and in the transnational sphere. He argues that the unequal global distribution of opportunities across and within societies offers central categories for a better understanding of the crisis-prone state of the world within one coherent explanatory framework. Moreover, the theme of justice, with its three central dimensions of material distribution, political representation and recognition in the social status order, also offers a basic distinguishing criterion between policy options: inclusion and exclusion.

Keywords: crisis of global governance, crisis of the state, crisis of Europe, global and societal justice, end of history, clash of civilizations

Autor

Klaus Dieter Wolf
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Assoziierter Forscher
Programmbereich Transnationale Akteure
Baseler Straße 27-31
60329 Frankfurt am Main
wolf@hsfk.de